

Trends stärken ländliche Räume

Der Vorsitzende der Agrarsozialen Gesellschaft (ASG), Wolfgang Reimer, über Bewegung in der deutschen Agrarpolitik, Defizite in der ländlichen Entwicklung und die Zukunft der ASG

Greenpeace wirft dem Grünen-Bundeslandwirtschaftsminister Entscheidungsschwäche und fehlenden Mut zur Konfrontation vor; der Bauernverband lobt Cem Özdemir für seinen kooperativen Politikstil. Erleben wir gerade Ball verkehrt in der Agrarpolitik?

Das denke ich nicht. Zum einen muss man feststellen, dass sich die Verbände insgesamt doch sehr bewegt haben. Das ist sowohl in der Borchert-Kommission als auch in der Zukunftscommission Landwirtschaft (ZKL) zum Ausdruck gekommen. Zum anderen entspricht der kooperative Stil des Ministers seinem Naturell. Da ist er seinem großen Vorbild Winfried Kretschmann ähnlich.

Verhindert zu viel Konsensorientierung eine fruchtbare Auseinandersetzung über den richtigen Weg?

Das trifft manchmal zu, in diesem Fall aber nicht. Wie gesagt, die Agrarbranche hat sich ja bspw. bei der Tierhaltung in die „grüne“ Richtung bewegt. Da muss der Minister nicht mit der Branche in Konflikt gehen, eher schon mit der FDP in der Ampel-Regierung.

Nach Ihren Erfahrungen der letzten Jahrzehnte – welches Vorgehen ist am ehesten erfolgversprechend, um agrarpolitische Ziele zu erreichen?

Wenn ich einen ganzen Sektor wie die landwirtschaftliche Tierhaltung umbauen will, kann ich das nur mit der Branche tun. Wir dürfen nicht vergessen, die deutsche Landwirtschaft erzielt etwa die Hälfte ihres Einkommens aus der Tierhaltung.

Wie fällt Ihre Bilanz des ersten Amtsjahres von Cem Özdemir aus?

Für eine Bilanz ist es deutlich zu früh. Die Regierung hat ja eine ganze Weile gebraucht, um sich zusammenzufinden, dann kamen zu Corona der russische Angriffskrieg auf die Ukraine, die Diskussionen um die Energieversorgung, die Umsetzung der GAP, die Frage der Getreideversorgung von armen Ländern usw. Das war ganz sicher kein normales Jahr.

Özdemir selbst sagt, kein Thema habe ihn in seiner bisherigen Amtszeit so beschäftigt wie der Umbau der Tierhaltung. Sind andere Themen zu kurz gekommen?

Ganz sicher, z. B. die Entwicklung ländlicher Räume. Wir wissen alle, dass die Landwirtschaft auch in den ländlichen Landkreisen nur wenige Prozente zum Bruttonationalprodukt beiträgt. Das sagt aber noch nichts über die wahre Bedeutung der Landwirtschaft aus, sondern darüber, dass es viele Chancen und Probleme neben der Landwirtschaft gibt. Allerdings stehen mit dem „Green Deal“ und der Umsetzung der GAP-Reform weitere Herausforderungen an, so dass die Agrarpolitik für das Bundeslandwirtschaftsministerium weiterhin im Mittelpunkt stehen wird.

Die Tierhaltung steht stark unter Druck, auch in der öffentlichen Diskussion. Der Minister sagt, er will sie zukunftsfest machen, indem künftig weniger Tiere besser gehalten werden. Gleichzeitig wird die Diskussion um eine Halbierung der Bestände intensiv geführt, auch innerhalb der Grünen. Fehlt es dem Minister an Rückhalt in der eigenen Partei?

Das glaube ich nicht. Zum Glück ist die Tierhaltung bei uns nicht so weit aus dem Ruder gelaufen wie in Holland, sodass wir keine genauen Zielmarken brauchen. Aber jeder geht davon aus, dass mit der Umsetzung der Borchert-Vorschläge die Veredlung deutlich zurückgehen wird.

Was ist das wichtigste, um der Verunsicherung auf den Höfen entgegenzuwirken und Vertrauen bei jungen Landwirtinnen und Landwirten zu schaffen, die vor der Frage stehen, Höfe zu übernehmen, und dafür investieren müssen?

In erster Linie muss es um die Berechenbarkeit gehen. Wir brauchen einerseits klare Vorgaben, vor allem in der Tierhaltung. Andererseits müssen junge Landwirtinnen und Landwirte ihren eigenen Weg finden. Dabei sollten sie nicht nur entlang der bestehenden Spezialisierung denken. Und sie müssen bedenken, dass auch die gewerbliche Wirtschaft einen tiefgreifenden Wandel durchläuft.

Kann Politik einer Abstimmung mit den Füßen entgegenwirken?

Langfristig war immer die außerlandwirtschaftliche Entwicklung entscheidend. Wenn die gewerbliche Wirtschaft gutbezahlte Arbeitsangebote machte, lief der Strukturwandel schneller und umgekehrt. Aber auch die gesellschaftliche Stimmungslage hat großen Einfluss. Wer will schon ständig öffentlich angegriffen werden wegen seiner Tierhaltung?

Der Minister hat sich wiederholt zu den Vorschlägen der Borchert-Kommission bekannt. Reicht das?

Natürlich nicht, aber ich sehe das Problem innerhalb der Regierungskoalition.

Die Ampelkoalition tut sich schwer, gemeinsame Positionen in der Agrarpolitik zu finden. Das gilt insbesondere für Grüne und FDP. Nach den Erfahrungen dieses Jahres – trauen Sie der Ampel mehr zu als den kleinsten gemeinsamen Nenner?

Die FDP war früher eine Mittelstandspartei, die auch von den Bauern gewählt wurde. Ich erinnere mich an das Wahlverhalten meiner Eltern. Ich verstehe nicht, weshalb sie den Umbau der Tierhaltung nur halbherzig mitträgt.

Mit dem 30%-Ziel bis 2030 für den Ökolandbau hat die Ampel die Latte auf eine Höhe gelegt, die sie nur reißen kann. Sollte sie auf Abstand gehen, um Glaubwürdigkeit zu demonstrieren?

Es ist ja nicht verkehrt, sich ambitionierte Ziele zu setzen. Derzeit sieht es nicht danach aus, dass wir dieses Ziel erreichen. Aber ist es realistischer, das 1,5-Grad-Ziel beim Klimaschutz oder die Ziele des Artenschutzes zu erreichen?

Die Kluft zwischen Stadt und Land, von der seit Jahren gesprochen wird, gibt es die tatsächlich oder vor allem gefühlt?

Die Wirklichkeit ist differenziert. Die ländlichen Räume sind sehr unterschiedlich. In großen Teilen sind sie sehr erfolgreich, z. B. in den großen Gürteln um die Ballungszentren herum oder wenn sie eine starke eigenwirtschaftliche Ausprägung haben. Wir haben ja eine ganze Reihe von „Weltmarktführern“ auf dem Land. Die Lebens- und Wohnqualität wird durchgehend besser als in den Städten bewertet. Anders sieht es in peripheren, strukturschwachen Gebieten aus. Dort haben wir Probleme.



Foto: Ferdinando Iannone

Wolfgang Reimer begann seine politische Karriere 1985 als Parlamentarischer Berater der Fraktion DIE GRÜNEN im Landtag von Baden-Württemberg. Zuständig war er dort u. a. für die Bereiche Land- und Forstwirtschaft sowie Verbraucherschutz. 2001 wechselte er ins Bundeslandwirtschaftsministerium und leitete hier zunächst die Unterabteilung Agrarstruktur und Ländliche Räume, anschließend von 2009 bis 2011 die Unterabteilung Landwirtschaft, dort zuständig für Tierhaltungs- und Tierzuchtfragen, Pflanzenbau und Pflanzenschutz, Gartenbau und Landtechnik. Von 2001 bis 2016 war er Amtschef im Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz in Baden-Württemberg und von 2016 bis Ende 2021 Regierungspräsident des Regierungsbezirks Stuttgart. Zusammen mit seiner Frau führt der 66-jährige Dipl.-Agraringenieur einen landwirtschaftlichen Betrieb in Gaildorf im Landkreis Schwäbisch-Hall.

Welche Trends sehen Sie?

Grundsätzlich sehe ich die Entwicklungen für die ländlichen Räume sehr positiv. Die Ballungszentren werden zu teuer. Mit der neuen Arbeitskultur des Homeoffice können noch mehr Berufe in großen Entfernungen zu den Zentren ausgeführt werden.

Was kann das Bundeslandwirtschaftsministerium tun, um das zu unterstützen?

Das Ministerium wird sicher mithelfen, die Breitbandversorgung weiter zu beschleunigen, den Öffentlichen Personennahverkehr besser zu machen. Die ländliche Entwicklungspolitik kann besonders in den strukturschwachen Gebieten mit den verschiedenen Instrumenten von GAK und LEADER Impulse setzen und Entwicklungen fördern.

Sie haben 2011 in einem Interview mit der ASG gesagt, dass Sie von ihr erwarten, sie möge sich auf den Gebieten weiter engagieren, in denen sie ihre Kernkompetenzen hat. Elf Jahre später sind Sie deren Vorsitzender. Zählen die Kernkompetenzen von damals noch – soziale Fragen der Landwirtschaft, Agrarstrukturentwicklung, ländliche Räume?

Natürlich gibt es in einem Jahrzehnt viele Veränderungen. In der Landwirtschaft kommen alte Fragen nach der Eigenständigkeit der Agrarsozialversicherung wieder hoch, aber auch die Frage nach einer Ergänzung des Altersgeldes. Wir haben neue Fragen hinsichtlich der Arbeitsbelastung, weil viele Betriebe eigentlich eine Lohn-AK bräuchten, diese aber alleine nicht finanzieren können. Auch vorbeugende Maßnahmen gegen Burn-out tun not. In der Agrarstrukturpolitik haben wir noch keine Lösung für den Umgang mit außerlandwirtschaftlichen Großinvestoren gefunden. Eine weitere Aufgabe sehe ich darin, die Nebenerwerbslandwirtschaft zu stabilisieren. In Ostdeutschland muss neu überlegt werden, wie wir mehr Menschen aufs Land bekommen. Hier sind die zuvor beschriebenen Trends hilfreich. Insgesamt werden viele ländliche Räume Gewinner der horrenden Steigerungen der Wohnungspreise in den Städten und des Gewöhnungseffektes beim Homeoffice sein.

Was sind die Stärken der ASG, die Sie bewogen haben, den Vorsitz zu übernehmen?

Die ASG hat hochmotivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich für die ländlichen Räume begeistern können. Der Generationswechsel in der Geschäftsführung wurde eingeleitet und die Stimmung in der Geschäftsstelle ist sehr gut. Wir haben ein breites Netzwerk mit Personen aus Verbänden, Wissenschaft und Politik. Wünschenswert wäre eine bessere finanzielle Ausstattung.

Wie sollte sich die ASG in den kommenden Jahren in den ländlichen Räumen engagieren?

Wir werden sicherlich unsere bisherige Arbeit fortsetzen, um die ländlichen Räume zu stärken. Ich sehe

allerdings eine neue Aufgabe: Aus der Sicht der Stadt tendieren Menschen auf dem Land zu Rechtspopulismus und Autoritarismus. Trump hatte in ländlichen Regionen die besten Ergebnisse, die Brexit-Abstimmung in Großbritannien wurde auf dem Land gewonnen. Die Basis der Macht der osteuropäischen Autokraten ist das Land. Meist wird aber nicht hinterfragt, warum das so ist. Ländliche Interessen wurden von den städtischen Eliten weder gesehen noch anerkannt. Das Ringen um Anerkennung – ich nenne das Stichwort „Identitätsdiskussion“ – äußert sich in der Stadt anders als auf dem Land. Es ist aber eine wichtige Triebfeder gesellschaftlicher Entwicklungen. Auch über die nach wie vor bestehenden unterschiedlichen Wertvorstellungen – also etwa Haus und Eigentum contra Selbstverwirklichungswerte – ist in diesem Zusammenhang zu reden. Hier bedarf es sowohl empirischer Forschung als auch eines intensiven Austausches mit den Meinungsmachern der Stadt. Ich bedauere, dass es nur noch Reste einer Agrarsoziologie und der Soziologie der ländlichen Räume gibt. Die wären jetzt hilfreich.

Ihre Vorgänger haben verschiedene Initiativen wie z. B. eine Strategiediskussion angestoßen. Wie wollen Sie's anfangen?

Ich kann auf die Arbeit meiner Vorgänger aufbauen. Zuletzt hat meine unmittelbare Vorgängerin, Frau Dr. Rumpf, hier vieles angestoßen. Da bleibt noch einiges umzusetzen. Ich will mich aber stark auf die Arbeit nach außen konzentrieren. Ich werde erst einmal verschiedene Gespräche mit Verbänden und der Ressortforschung führen und dann mit dem Vorstand und dem Kuratorium über die Schwerpunkte unserer Arbeit beraten.

Eine der Stärken der ASG ist von jeher, Brücken zu bauen und einen Austausch zwischen unterschiedlichen Positionen zu ermöglichen. Mit der ZKL ist dieses Prinzip zum Leitmotiv moderner Agrarpolitik geworden. Was bleibt für die ASG?

Wir können uns gut ergänzen. Die ZKL deckt ja erst mal nur die Landwirtschaft ab und nicht die ländlichen Räume. Außerdem ist das ZKL-Papier noch sehr vage, die konkreten Lösungen müssen bei den unterschiedlichen Fachthemen erst erarbeitet werden.

Wo soll die ASG in fünf Jahren stehen?

Die ASG steht für Problemlösungen in ländlichen Räumen und trägt zu einem positiven Bild von Land und Landwirtschaft in der Gesellschaft bei. ■